
Protokoll

Sitzung Nr. 5
 Datum **Mittwoch, 17. Oktober 2018**
 Ort Aula des Wahllackerschulhauses
 Zeit 19.30 bis 21.35 Uhr

Vorsitz	Markus Bacher	FDP 1
1. Vizepräsident	Rudolf Gerber	SP 1
Stimmzählende	Michael Fust Niklaus Marthaler	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli Markus Burren Roland Guggisberg Matthias Kobel (<i>bis 21.00 Uhr</i>) Denise Mellert Bruno Mosimann Fritz Pfister René Ritter Samuel Tschumi	SVP 9
	Markus Dietiker Monika Flückiger-Brunner Hans-Jörg Rhyn Petra Spichiger-Röllli Philip Steiner Patricia Zangger-Schöni	SP 6
	Marcel Remund Stefan Stock Johanna Thomann Lemann	FDP 3
	Jürg Jenni Beat Koch Peter Kofel Marceline Stettler-Schwenter Annette Tichy-Gränicher Bruno Vanoni	GFL 6
	Markus Hadorn	BDP 1
	Andreas Buser Mario Morger	glp 2
	André Tschanz Karin Walker	EVP 2
	Toni Oesch	fdU 1

		<u>34</u>
Abwesend	Peter Nussbaum	SVP 1
	Kornelia Hässig Vinzens	
	Tharnan Selliah	SP 2
	Martin Doriot	
	Patrick Heimann	FDP 2
	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
Vertreter des Gemeinderats	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident	
	Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin	
	Peter Bähler	
	Sabine Huber-Spari	
	Kurt Jörg	
	Peter Traber	
	Edi Westphale	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Beigezogen	David Portner, Finanzverwalter	
Protokoll	Priska Iseli, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	3	
Anzahl Medien	1	

Geschäfte

29	Pro Protokoll Protokoll vom 29. August 2018	77
30	1.5. Leitbild / Regierungsrichtlinien (politische Führung) Politikplan 2019 – 2023.....	77
31	1.601. Budget Budget 2019	83
32	1.92.3 Interpellationen Interpellation Mario Morger (gfp) und Mitunterzeichnende betreffend "Wohin steuern Zollikofens Finanzen?"; Antwort	91
33	1.92.3 Interpellationen Interpellation Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Ausfälle bei den Gewinnsteuern von Grossunternehmen wegen der kantonalen Steuergesetzrevision 2019: Welche Auswirkungen hat dies für die Gemeinde Zollikofen?"; Antwort	92
34	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Information der Bevölkerung über neues Abfallkonzept"; Antwort	92
35	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Künftige Nutzung der Liegenschaft Wohnheim Landgarben"; Antwort	92
36	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage René Ritter (SVP) betreffend "Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt, kreditrechtliche Aspekte"; Antwort	93
37	1.92. Parlamentarische Vorstösse	

Parlamentarische Eingänge 93

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Markus Bacher
Präsident

Stefan Sutter
Sekretär

Priska Iseli
Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Ich begrüsse euch zur GGR-Sitzung im Oktober. Ich begrüsse ganz herzlich den Gemeinderat, Priska Iseli, Stefan Sutter und David Portner, Finanzverwalter, die Presse und die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Wir sind immer noch in unserer Dependence. Wer weiss, vielleicht können wir dann die Dezember-Sitzung wieder am alt gewohnten Ort durchführen. Geniessen wir die familiäre Atmosphäre hier heute nochmals. Wir sind aktuell 34 Ratsmitglieder und somit beschlussfähig. Entschuldigt haben sich Hans-Jörg Rothenbühler, Patrick Heimann, Martin Doriot und Kornelia Hässig Vinzens.

Markus Burren (SVP): Weiter entschuldigt hat sich Peter Nussbaum.

Mitteilungen

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Ihr habt eine Tischvorlage erhalten, die Einladung zum Politforum Thun vom 8. / 9. März 2019. Dann ist es üblich im Herbst, dass nicht nur die Blätter von den Bäumen fallen, sondern wir haben auch einzelne Mitglieder, welche die Gremien verlassen werden. Ich darf euch mitteilen, dass Johanna Thomann demissioniert hat, im Parlament und natürlich in Konsequenz auch in der GPK, auf Ende Jahr. Weiter Denise Melkert, welche uns den Austritt bekannt gegeben hat. Samuel Tschumi hat als GPK-Mitglied demissioniert auf Ende GPK-Legislatur und Fritz Pfister tritt aus der Sicherheitskommission zurück. Dann, etwas Erfreuliches. Denkt daran, dass wir am 5. Dezember bereits um 18.00 Uhr mit der GGR-Sitzung starten werden. Für das anschliessende Nachtessen bitte an- oder abmelden.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich möchte kurz den Faden aufnehmen von dem lieb gewonnenen Raum hier und möchte einen Schwenker machen zur Sanierung der Aula Sek. Ich beginne mit einer positiven Nachricht. Auch im Nachhinein hat es sich als richtig herausgestellt, die Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro zu beenden. Das war aber auch das einzig Positive. Das ist auch gleichzeitig der Grund für das eher Negative, nämlich die zeitliche Verzögerung des Bauprojekts. Stand der Dinge: Es war ganz sicher nicht von Anfang an vorgesehen und es ist alles andere als erfreulich, aber der so genannte "point of no return" war bereits erreicht, das heisst, wir konnten nicht mehr zurück, damit müssen wir jetzt alle zusammen, der Gemeinderat voran, leben. Der Hauptgrund für die zeitliche Verzögerung war in der mangelhaften Ausführungsplanung zu finden. Die Bauverwaltung hat nochmals komplett die Ausführungsplanung, nicht die Projektplanung, überarbeiten müssen und das hat Zeit beansprucht. Das hat die Bauverwaltung in-house gemacht, weil wir uns ja vom Architekturbüro getrennt hatten. Dem Gemeinderat war in diesem Moment wichtig, dass die Priorität auf die Fertigstellung des Aularaums gesetzt wird, damit dieser wieder genutzt werden kann. Und das kann ich heute mich Sicherheit sagen, bis Ende Oktober sind die Arbeiten in diesem Teil fertig. Das heisst, ich gehe davon aus, im Dezember werden wir wieder dort tagen können. Der Gemeinderat kann zum Gebäudeteil mit der Küche und den WC-Anlagen zum heutigen Zeitpunkt noch keinen verlässlichen Termin kommunizieren. Die gesamten Arbeiten müssen in sich einfach stimmig sein. Der Ingenieur ist im Moment noch in seinen Berechnungen des Projekts. Der Gemeinderat stellt aber in Aussicht, dass der Terminplan kommuniziert wird, sobald er verlässlich ist. Heute möchte ich nichts sagen, was wir nicht einhalten könnten. Die Aula kann für Vereine Ende Oktober, anfangs November, genutzt werden.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Die alte Kehrmaschine vom Werkhof konnte in der Zwischenzeit für Fr. 9'000.00 an eine Baufirma verkauft werden.

Traktandenliste

Toni Oesch (fdU): Beim Traktandum 2 möchte ich beliebt machen: Man hätte auch zwei Traktanden machen können, schön getrennt, zuerst den Politikplan und dann den Investitions- / Finanzplan. Die Beratung sollte so erfolgen, dass wir nicht dasselbe Durcheinander haben wie letztes Jahr.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir haben dies bei der Vorbereitung der Geschäftsberatung bereits so berücksichtigt. Zuerst werden wir den Politikplan behandeln, dann den Investitionsplan. In diesem Sinne sind wir einig miteinander.

Beschluss

Die Traktandenliste wird genehmigt.

29 Pro Protokoll

Protokoll vom 29. August 2018

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

30 1.5. Leitbild / Regierungsrichtlinien (politische Führung)

Politikplan 2019 – 2023

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wie wir einleitend bereits gesagt haben, behandeln wir zuerst den Politikplan, dann den Finanz- und Investitionsplan. Bei jedem dieser Teile können jeweils zuerst die allgemeinen Bemerkungen abgegeben werden, bevor die Papiere seiten- resp. kapitelweise beraten werden. Wir beginnen nun mit dem Politikplan.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Zur Behandlung dieses Geschäfts sind Kurt Jörg, Departementsvorsteher Finanzen und David Portner, Finanzverwalter beigezogen worden. Die GPK dankt für die exakte Zusammenstellung der Informationen. Sie hat folgende Fragen bzw. Bemerkungen zum Umsetzungsprogramm:

- Lösungsansatz 3.2: Was umfasst die UeO Aareraum?
- Lösungsansatz 4.6: Im Tätigkeitsprogramm 2019 sind keine Massnahmen für die "jungen Menschen" vorgesehen.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Zu den beiden Fragen der GPK kann ich wie folgt Stellung nehmen: Die erste Frage hat sowohl eine inhaltliche wie auch eine geografische Komponente. Ich versuche, beide zu beantworten. Zuerst die inhaltliche. Es geht darum, sich mit den verschiedenen bestehenden Planungsinstrumenten, die es dort gibt, zum Schutz, zur Entwicklung und zur Nutzung mit dem Erholungsgebiet zu befassen und diese aufeinander abzustimmen. Zu prüfen, welche Inhalte noch aktuell sind. Wir haben eine Uferschutzplanung, gemäss dem See- und Flussufergesetz. Wir haben einen Gestaltungsrichtplan Reichenbach, das sind eher kommunale Instrumente. Die Regionalkonferenz hat einen Teilrichtplan Aareschlaufe. Überall sind gewisse Massnahmen integriert. In der Ortsplanungsrevision hat man gesagt, man müsse einmal dort aufräumen und schauen, was soll noch gelten und was will man anschliessend umsetzen. Das ist die Absicht von dieser UeO Aareraum. Zum örtlichen Geltungsbereich für den Aareraum, der bezieht sich insbesondere auf das Gebiet Reichenbach, wo es darum geht, eben diese Fläche und Landschaftselemente aufzuwerten, zu gestalten, frei zu halten und zu schützen. Das wäre die Information zum Punkt 3.2. Das Andere

beantworte ich rein technisch. Beim Punkt 4.6 ist eine Aufzählung mit möglichen Lösungsansätzen aufgeführt. Es muss nicht unbedingt in jedem Jahr zu allen Lösungsansätzen eine Tätigkeit geben. So können auch im Umsetzungsprogramm nicht erwähnte Daueraufgaben zur Zielerreichung führen. Das Tätigkeitsprogramm ist einzig ein Herausheben von etwas Speziellem und dort ist tatsächlich für nächstes Jahr nichts vorgesehen für die Jungen.

Toni Oesch (fdU): Am Anfang meiner Ausführungen gehe ich auf die Worte von Kurt Jörg ein, die hat er auch im letzten Jahr anfangs so gesagt: "Für das Jahr 2018 haben wir Erfreuliches zu berichten. Es wurde von allen wohlwollend zur Kenntnis genommen." Ende. Das war das System Merkel. Willkommen, ihr Defizite. Ich war mit dieser Aussage selbstverständlich nicht einverstanden. Und mit der Finanzpolitik von Zollikofen sind wir von der fdU auch nicht mehr einverstanden. Wir denken ans "aus dem Staub machen" mit falschen Argumenten bezüglich der Altersvorsorge, ans Verscherbeln von Bauland, an Investitionen im Wunschbedarf und den Abbruch einer Liegenschaft, welche Ertrag abgeworfen hat und anderes mehr. Zum Jahr 2018, das ist massgebend für die weiteren Berechnungen: 2018 ist geprägt durch Sonderereignisse, ein Ertragsüberschuss wurde dort prognostiziert. Ohne die Sonderereignisse würde effektiv ein Aufwandüberschuss von 1,5 Mio. Franken resultieren. Als Sonderereignisse sind aufgeführt: Aufwertung des Betagtenheims, plus 13.8 Mio. Franken, plus die Verbesserung der Rechnung. Minus 7,7 Mio. Franken für die periodengerechte Abgrenzung des Lastenausgleichs und minus 1,9 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibungen. Heute wissen wir mehr darüber. Prognostiziert wird ein Ertragsüberschuss von 6,7 Mio. Franken, weil noch die Mehrwertabschöpfung der Gärtnerei Scherzinger von 1,5 Mio. Franken und eine Teilzahlung von 1,5 Mio. Franken für den Landverkauf in der Schäferei dazukommen. Eigentlich sollten solche Sonderereignisse in einer separaten Rechnung ausgewiesen werden. Zum Beispiel in einem Fonds für aktive Bodenpolitik oder sogar zweckungebunden. Das macht jetzt z. B. die Stadt so, ich komme noch darauf zurück. In der dunkelsten Ära in der Geschichte von Zollikofen, Zoolligoofen, in der Ära Funk, ist die früher gehandhabte Bodenpolitik aufgegeben worden. Mit irreparablen Schäden für die Sozialpolitik. Man verscherbelt das Tafelsilber, welches wir mit unseren Steuern bezahlt haben. Klammer, natürlich nicht die neu dazugelaufenen, Klammer geschlossen. Wie bereits gesagt ist für 2018 im Steuerhaushalt ein Defizit von 1,5 Mio. Franken vorausgesehen. Wie sieht die Zukunft der Finanzen aus? Für 2019 ist ein bereits budgetiertes Defizit im Steuerhaushalt von 2,3 Mio. Franken vorgesehen. Und die folgenden vier Jahre sehen auch alles andere als rosig aus. Als einen Hauptgrund für die Haupteinnahmequelle sind die Steuern der Natürlichen Personen genannt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass in der Statistik, wie sie in einem nächsten Traktandum für heute Abend aufgeführt ist, der Steuerertrag nach Einkommenstaxationen, die Jahre 2016 und 2017 fehlen. Sie könnten bei nächster Gelegenheit nachgeliefert werden, z. B. nächstes Jahr im Mai, bei der Rechnungsablage 2018. Mit der Rechnung 2017 ist ja bekannt geworden, dass Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von Fr. 200'000.00 pro steuerbares Einkommen weggezogen sind. Die Tendenz wird fortgesetzt werden wegen der in Ewigkeit verdammten neuen Ortsplanung, respektive, dem Baureglement und wegen eventuellen Steuererhöhungen. Als Vergleich: Die Gemeinde Muri, welche Sorge trägt zu ihren Hausbesitzern, namentlich Einfamilienhauseigentümer; für das Jahr 2019 wird ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen, bei einer Steueranlage von 1,20. Zollikofen hat 1,40 und schliesst gemäss Prognose für die weiteren Jahre eine Steuererhöhung nicht aus. Ewig können nämlich die Defizite nicht durch Eigenkapital gedeckt werden. Bleibt der Steuersatz gleich hoch oder ist sogar höher, wie in der Stadt Bern, kommen wir in dieselbe Lage, wie es in Ostermundigen heute aussieht, Thema Eingemeindung. Dann sind die Einzonungen der Steinibachmatte und der Rüti absehbar und sogar der ganze Geisshubel mit der Weid. Ganz böse Zungen sagen ja schon heute, dann haben wir einen Subventionsbetrieb weniger. Die Haltung der Grünen zur Steinibachmatte und zur Rüti ist bekannt und auch wie sie sich bei der Einzonung des Viererfelds verhalten haben mit ihrem Hin und Her. Wir sagen dem "Japanese bamboo going with the wind".

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir steigen in die Detailberatung des Politikplans ein.

Toni Oesch (fdU): Seite 6, unter "Gefahren von morgen": Dort heisst es "Fehlende Bereitschaft der Grundeigentümer zur inneren Verdichtung". Letztes Jahr habe ich dazu gesagt, man könnte meinen, man habe einen rotgrünen Gemeinderat und heute können wir sagen, wir haben einen solchen. Mit der Aufhebung der Einfamilienhauszone, der Aufstockung dieser und der Kürzung der Grenzabstände ist das Mass einer vernünftigen Verdichtung überschritten worden. Nicht nur die Grundeigentümer sind damit nicht einverstanden.

Beat Koch (GFL): Seite 9, Punkt 1.5, "Die Zukunft ist digital: Nachbarschaftsplattform". Ich als Informatiker bin natürlich froh um die Digitalisierung und deshalb verstehe ich dort nicht, warum bei Priorität ein "eher nein" drinsteht. Weil, die Zukunft ist tatsächlich digital und ich denke, das müssen wir so in Betracht ziehen. Punkte 2.1, 3.2 und 4.1: Das sind alles Sachen, die helfen würden, uns wegzubringen von der heutigen Situation mit den vielen Autos, die wir haben. Und auch dort verstehe ich nicht, warum ein "eher ja" steht. Wenn man bezüglich Klimawandel sieht, was in der letzten Woche gesagt worden ist und es ist auch erwähnt worden, dass wir hier in der Schweiz am ehesten im Bereich Verkehr die Möglichkeit haben, etwas zu machen gegen den Klimawandel, dann stimmt die Priorisierung nicht.

Bruno Vanoni (GFL): Wir haben uns zu den bisherigen Seiten nicht geäussert, weil man oben lesen kann, dass die bisherigen Seiten des Gemeinderats bereits im letzten Jahr beschlossen worden sind. Äussern möchte ich mich zum Ideenspeicher. Wir hatten insgesamt den Eindruck, dass es dazu eigentlich nicht viel zu sagen gibt. Weil keine neuen, keine gestrichenen, keine umformulierten Lösungsansätze vorhanden sind. Beim Ideenspeicher wurde, wenn man es genauer betrachtet, die genau gleiche Formulierung wie im letzten Jahr benutzt. Beim Ideenspeicher steht auch, er enthalte alle momentanen Lösungsansätze, welche Zollikofen weiterbringen könnten. Wir empfinden das als ein bisschen lustlos. Meistens gibt es eine vier, manchmal eher eine drei, aber es ist alles genau gleich, wie im Mai 2017 bereits beschlossen worden ist. Das scheint mir problematisch, vor allem in Bezug auf den Lösungsansatz 2.1. "In der ganzen Gemeinde gute Voraussetzungen für das Velofahren schaffen". Diese Formulierung wird falsch verstanden. Das heisst, man müsste eigentlich etwas machen. Dieser Lösungsansatz würde aus unserer Sicht die Note 5 verdienen und nicht 4. In mehrfacher Hinsicht, weil er bei mehreren Leitsätzen hilft, vorwärts zu kommen. Bei Leitsatz 1 "Wohnen und Arbeiten am selben Ort fördern", beim Leitsatz 3 "Zur Umwelt Sorge tragen", beim Leitsatz 4 "Einsatz für gute Infrastrukturen und in der Nähe finden was man zum Leben braucht" und auch in Bezug auf den Leitsatz 5 "Zum Wohle aller". Also, die Veloförderung, da kann man sagen, würde Zollikofen in Bezug auf fast alle Leitsätze im Leitbild vorwärts bringen. Darum finden wir, müssten wir diesen Leitsatz jetzt auch anpacken. Er müsste eigentlich schon angepackt sein. Also auch da müsste es heissen "5 = Ja". Persönlich sehe ich einen doppelten Handlungsbedarf bei der Veloförderung. Einerseits beim Strassenunterhalt. Mir fällt auf, dass die Strassen oft am rechten Rand in einem schlechten Zustand sind. Wo die Velos fahren, hat es Schachtdeckel mit Teer ringsherum. Ich finde, die Beurteilung des Strassenzustands müsste da ansetzen. Da müsste die Priorität gesetzt werden bezüglich Strassensanierungen. Nicht in der Strassenmitte, wo die Autos, jetzt zunehmend mit 4 x 4-Antrieb, verkehren und den Belag polieren. Dort ist es gar nicht nötig, dass die Fahrbahn so super gut ist. Der zweite Ansatz ist bei der Signalisation. Diese müsste gründlich überprüft werden auf dem ganzen Gemeindegebiet, auch wegen des zunehmend aufkommenden E-Bike-Verkehrs. Gerade in Zollikofen, wo wir auch Gemeindeteile mit Steigung haben, sind die E-Biker zunehmend gefragt. Es ginge darum, die vorhandenen Velowege auch besser zugänglich zu machen, dort wo es geht, für den schnellen E-Biker. Beispiel: Der Weg bei der Steinibachkreuzung, der eigentlich eine Umfahrung der Kreuzung ermöglicht, hat ein Töffliverbot, das heisst, schnelle E-Bikes dürfen diesen Weg gar nicht benutzen. Mit einer anderen Signalisation könnte man den Weg zugänglich machen und es würde dann immer noch die Grundregel des Strassenverkehrsgesetzes gelten, dass man nur so schnell fahren darf, damit man auch rechtzeitig anhalten kann. Mit all diesen Worten: Es würde mich freuen, wenn nach dem klaren Ja zur Veloförderung in der Eidgenössischen Volksabstimmung, in Zollikofen 70 Prozent Ja, auch in der Gemeinde etwas gehen würde oder mehr gehen würde in Bezug auf die Veloförderung

der Velooffensive, welche auf Kantonsebene beschlossen worden ist. Es muss nicht unbedingt so offensiv wie in der Stadt Bern sein, aber mehr machen müsste man in diesem Bereich.

Andreas Buser (glp): Bei der Tabelle in der rechten Spalte, heisst es. "Findet der Lösungsansatz die nötige politische Unterstützung?" Ist das die Beurteilung des Gemeinderats oder schätzt der Gemeinderat ein, wie das im GGR oder in der Bevölkerung ankommt?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Das ist so wie Andreas Buser vermutet. Es ist die Einschätzung des Gemeinderats, wie das zuständige Organ das beurteilen würde.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir sind durch mit dem Politikplan und haben diesen soweit zur Kenntnis genommen. Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ihr habt ein Dokument erhalten, welches sehr gut ausgearbeitet ist. Alles ist erklärt und aufgeführt, was einfließen muss. Vor allem, was wichtig ist, die Einnahmequellen sind beleuchtet, die Zuwachsrate bei den Einkommenssteuern, die eben nicht vorhanden ist und trotzdem stattfindet, in dem in der nächsten Zeit die Liegenschaften / Grundstücke aufgewertet werden und somit eben mehr Einkommenssteuern und später mehr Vermögenssteuern vorhanden sein werden. Beim FILAG ist erfreulich, dass wir dort nicht mehr zahlend sind. Das zeigt aber auch, dass unsere Finanzlage nicht mehr so gut ist, wir werden subventioniert. Wobei, wenn wir den Plan anschauen wird das sehr wahrscheinlich nicht sehr lange sein. Die Steuersenkungen 2019 der Gewinnsteuern für Unternehmen sind berücksichtigt, allfällige weitere Revisionen in den Folgejahren nicht. Daneben ist zu sagen, dass die Tabellen niemandem gross Freude machen. Sie zeigen alle zusammen plus / minus in die verkehrte Richtung, statt positive Zahlen zeigen sie negative. Ein schlechter Selbstfinanzierungsgrad, wir haben einen Schuldenzuwachs bei den Finanzinstitutionen, wir sind mittlerweile bei 8 Mio. Franken, allerdings sind es kurzfristige Schulden. Die ausserordentlichen Einnahmen, die auf uns zukommen, brauchen wir längerfristig nicht. Die ganze Sache lässt sich eigentlich handeln, ohne anders zu reagieren, weil wir in der Vergangenheit eine stabile oder solide Finanzlage geschaffen haben, so dass wir das verkraften können. Es ist gesagt worden, die ausserordentlichen einmaligen Steuereinnahmen helfen uns, dass es längerfristig nicht total aus dem Ruder läuft. Wer es richtig gelesen hat, hat auch gesehen, dass wir 2019 den Bedarf, den es braucht, um die Aufgaben der Gemeinde wahrzunehmen, nicht vollständig aus eigenen Mitteln bezahlen können, dass wir da – ohne Berücksichtigung der Investitionen – teilweise fremdfinanzieren müssen. Das ist im 2019 so eingerechnet. Es ist alles andere als gut. Wieso wir nicht anders reagieren ist begründet durch die solide Ausgangslage, die wir haben, durch die ausserordentlichen einmaligen Steuereinnahmen, die Mehrwertabschöpfungen, den Verkaufserlös des Betagtenheims und alles andere, was aufgelistet ist. Es gilt hier weiterhin sehr, sehr vorsichtig zu sein. Wir hatten einen runden Tisch, an dem fast alle Parteien mitgearbeitet haben. Dabei haben wir gesehen, dass das Sparpotential sehr klein war, es handelte sich um Kleinstbeträge, die wir einsparen konnten. Wenn wir mehr einsparen möchten, bedeutet das einen Leistungsabbau und das hat man am runden Tisch nie in Betracht gezogen. Das sind meine Ausführungen zum Anfang. Denkt daran, wir sind nicht in einem Luxusbereich bei den Finanzen. Wir stehen aber auch nicht allzu schlecht da.

Markus Burren (SVP): Kurt Jörg hat bereits alles aufgezeigt was wir in dem Finanz- und Investitionsplan lesen können. Zuerst möchte ich David Portner und seinem Team danken für die saubere Aufarbeitung der Daten. Das Wesentliche sieht man auf Seite 7. Wenn man die Grafik anschaut, sieht es nicht gut aus. Minus 40 %. Eine Firma, die nicht viel Eigenkapital hat, würde die nächsten vier, fünf Jahre wohl nicht überleben. Wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen, der minus 40 % beträgt, ist das wuchtig. Wir können die eigenen Ausgaben nicht einmal mehr selber finanzieren. Wir hatten aber auch Glück im 2018 mit Sondereffekten, die uns ein weiteres Mal geholfen haben. Auch der letzte Sondereffekt von 1,5 Mio. Franken wertet uns die Rechnung 2018 wesentlich auf und stellt diese besser dar als sie eigentlich ist. Eines ist klar, wir müssen weiter schauen was wir tun können, so dass wir unsere Ausgaben einigermaßen in Grenzen halten können. Und nicht immer wieder neue Aufgaben aufnehmen,

welche als freiwillig zu taxieren sind. Es beginnt bei 100 «Fränkli», welche im Budget sind, respektive anfallen, mal zehn Jahre gibt Fr. 1'000.00. Meistens sind es eben nicht nur Fr. 100.00, sondern Fr. 10'000.00, die aufgenommen werden. Von dem her müssen wir uns in allen Kommissionen überlegen, brauchen wir das, was wir gerade wollen, können wir dahinter stehen oder ist es Wunschbedarf. Mehr kann ich nicht dazu sagen, aber es sieht nicht gut aus.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Finanzplan 2019 – 2023 in der Erfolgsrechnung zwar gewisse Engpässe und ein strukturelles Defizit ausweist, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen gegenwärtig schlecht ist und bis 2023 vermutlich nur ungenügend ansteigt. Immerhin gibt es auf den Seiten 25 und 26 des Finanzplans auch ein Szenario, wonach sich die Eigenfinanzierung sehr viel positiver entwickeln könnte. Die kürzlich verteilte Prognose für den Abschluss 2018 mit einem Ertragsüberschuss von 6,7 Mio. Franken verbessert das Gesamtbild auch noch ein wenig. Den finanzpolitischen Reserven und damit dem Eigenkapital tut dieses Ergebnis auf jeden Fall gut. Wenn wir dazu noch in Betracht ziehen, dass die Gemeinde in der letzten Zeit durch weitsichtige Massnahmen die nächsten Jahre um mehr als 12 Mio. Franken entlastet hat, dann steht es um die finanzielle Ausgangslage auf jeden Fall nicht so schlecht. Ich erinnere an die seinerzeit vorgezogene Abschreibung von 5 Mio. Franken am alten Verwaltungsvermögen und die periodengerechte Abgrenzung der Lastenausgleiche mit dem Kanton von 7,6 Mio. Franken in der laufenden Rechnung. Das muss man vermögen. Trotz einem gewissen strukturellen Defizit im Steuerhaushalt teilen wir zusammen mit dem Gemeinderat die Ansicht, dass der Finanz- und Investitionsplan vertretbar ist. Wir nehmen ihn so zur Kenntnis wie er ist, ebenso wie die Tatsache, dass alle kantonalen Einflüsse darin berücksichtigt sind. Offensichtlich sind also sogar die Unternehmungssteuersenkungen, die der Kanton beschlossen hat, für unseren Steuerhaushalt verkräftbar. Das ist doch toll, oder? Jedenfalls deutet auch das darauf hin, dass unsere Gemeindefinanzen gesund und ziemlich strapazierfähig sind. Zur Planung der Spezialfinanzierungen für Feuerwehr, Wasser, Abwasser und Abfall haben wir keine Bemerkungen. Es drängen sich auch da keine besonderen Massnahmen auf.

Marcel Remund (FDP): Die FDP-Fraktion dankt für die Erstellung des Finanzplans. Dieser ist wie immer sehr transparent aufbereitet. Der Finanzplan zeigt auf, dass ein strukturelles Defizit besteht und die Selbstfinanzierung über die Planperiode ungenügend ist. Schwierig abzuschätzen sind der künftige Steuerertrag oder etwa welche Sondereinnahmen. Es ist mit positiven wie auch negativen Überraschungen zu rechnen. Es ist beruhigend, dass solche Sondereffekte nicht in einen zweckgebundenen Fonds gesteckt werden. Die Abbildung via Ergebnis ins Eigenkapital ist zweckmässig. In diesem Sinne nehmen wir den Finanzplan zur Kenntnis und sind gespannt auf die folgende Budgetdebatte.

Marceline Stettler-Schwenter (GFL): Als ich die Abschlussprognose las dachte ich "Freude herrscht". Wir haben wieder einmal Glück gehabt. Schon ein wenig später habe ich dann dem "Freude herrscht" ein Ausrufezeichen hinten angestellt. Irgendwie gibt es nicht ein gutes Gefühl wenn wir immer sagen müssen, dass wir aufgrund eines Sondereffekts Glück hatten. Wenn der nicht gewesen wäre, was dann. Aber ich möchte an dieser Stelle zuerst einmal ganz herzlich für die grosse Arbeit der Finanzverwaltung danken. Sie haben einen riesen Stapel Daten fein säuberlich aufbereitet. Mit Zahlen und Fakten, ausgeschmückt mit etlichen Details, angereichert mit Hintergrundwissen und aufgefrischt mit Zukunftsprognosen. Kommen wir zurück zu den nüchternen Zahlen. Im Bericht und Antrag zum Budget, auf Seite 2, habe ich in etwa die Haltung der GFL gefunden. Uns sind drei Punkte wichtig. Zitat: "Die Erfolgsrechnung hat in den letzten Jahren immer besser abgeschlossen als budgetiert. Die Gemeinde verfügt über eine solide finanzielle Ausgangslage, das Budget ist vertretbar, Sofortmassnahmen sind nicht nötig." Stimmt, wir dürfen nicht klagen. Es steht aber weiter: "Wir sollten zu unseren Finanzen Sorge tragen. Die vorhandenen Reserven werden kleiner, wodurch der Handlungsspielraum immer mehr eingeschränkt wird." Auch dieser Aussage können oder müssen wir zustimmen. Der runde Tisch Finanzen hat jedoch gezeigt, dass bei den so genannten nicht gebundenen Aufgaben, also freiwilligen Aufgaben, der Spielraum nicht allzu gross ist. Auch die so genannt gebundenen Ausgaben sind nicht beliebig beeinflussbar, aber aus Sicht der

GFL müsste man auch bei diesem Posten auf Effizienz und Kostengünstigkeit achten. Dies wäre der zweite Punkt. Dann kommt noch: "Der Selbstfinanzierungsgrad lässt zu wünschen übrig. Wir leben von den Reserven." Irgendwann holt uns das ein. Damit will ich nicht „schwarzmalen“, für die GFL ist dies eine Tatsache. Wir befürchten, dass wir das Haushalt-Gleichgewicht, also die Waage zwischen Einnahmen und Ausgaben, nicht ohne grössere Massnahmen werden erreichen können. Und mit Massnahmen meine ich nicht hier Fr. 500.00 oder da Fr. 2'000.00 sparen. Wir befürchten, dass „gröbere“ Massnahmen nötig sein werden. Man muss auch immer die Einnahmeseite betrachten. Ein erster Schritt in die andere Richtung bietet die Abstimmung zur kantonalen Steuergesetzrevision von Ende November – wonach Zollikofen mit Fr. 185'000.00 weniger Einnahmen rechnen muss. Nicht nur Ausgaben sind relevant, auch weniger Einnahmen haben einen negativen Einfluss. Wir werden dem Budget grossmehrheitlich zustimmen.

André Tschanz (EVP): Steuererhöhung. Wenn ich die Zahlen sehe muss ich sagen, die machen keine Freude. Mir persönlich wäre es lieber, eine leichte Steuererhöhung frühzeitig anzugehen, als plötzlich eine massive Erhöhung, weil es dann einfach nicht mehr geht. Schliesslich konsumieren wir die Sachen jetzt und dafür sollen wir auch geradestehen.

Toni Oesch (fdU): Die Berechnungsgrundlage der Lastenausgleichszahlungen, wie sie beschrieben wird auf Seite 3, bemisst sich zum Teil nach den Einwohnerzahlen. Je höher die Zahl, desto mehr bezahlen wir. Der Bevölkerungszuwachs 2019 wird dort mit 210 Einwohnern genannt und von 2020 – 2023 mit nur 110 pro Jahr. Wie argumentiert wird, wollen mit den geplanten Grossüberbauungen mehr Steuerzahlende herbeigezogen werden. Das würde die Gemeindefinanzen verbessern. Das ist ein Irrläufer. Möglich ist nämlich mit einem Bevölkerungszuwachs das Gegenteil. Und die guten Steuerzahler werden kaum in die Silobauten einziehen. Wenn man bedenkt, wo in naher Zukunft die Wohnungen entstehen, sind die genannten Zahlen zu tief angesetzt, möglicherweise sind es etwa 600 oder mehr Wohnungen und nicht Einwohner. Denken wir an die Überbauungen Lättere, Gärtnerei Scherzinger, Bärenareal und nicht zu vergessen in der Schäferei, in welcher "Käfighaltung für die Menschen" sichtbar gemacht worden ist. Die Grünen haben sogar noch Einsprache erhoben gegen die geplanten, wenigen Einfamilienhäuser entlang der Schäfereistrasse. Mit der neuen Ortsplanung werden durch die verdichtete Bauweise nicht gute Steuerzahler hergezogen, sondern sie gehen eher weg. Verbunden mit dem Zuwachs ist ein Mehraufwand für die Infrastruktur. Die Folgen sind klar. Steuer- und Gebührenerhöhungen. Zum Schluss noch eine Warnung: Letzte Woche, wie ich schon angetönt habe, ist der US-Aktienmarkt abgestürzt und hat die internationalen Börsen nach unten gezogen. Es war nicht klar, ob es sich nur um eine momentane Korrektur der hohen Kurse handelte. Die Angst ging um, es könnte sich ein Crash mit globalen Folgen einer Wirtschaftskrise, wie 1987, wiederholen. Möglicherweise wird dieses Szenario nicht eintreten, bedeutet aber für die Finanzgurus weiterhin eine latente Gefahr. In unserem Finanzplan 2019 – 2023 müsste man eigentlich einen Vorbehalt anbringen. Ende der Durchsage.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Detailberatung des Finanz- und Investitionsplans.

Mario Morger (glp): Frage zu Seite 9 im Investitionsplan. Darin sind für den Ersatz Informatik der Gemeindeverwaltung im 2019 und 2020 jeweils Fr. 125'000.00 vorgesehen. Und für die elektronische Geschäftsverwaltung mit Sitzungssapp Fr. 60'000.00. Ist geplant, diese Investitionsvorhaben dem GGR vorzulegen? Zwar liegen die Teilinvestitionen unter Fr. 150'000.00 und sind damit theoretisch im Kompetenzbereich des GR. Es liest sich als Aussenstehender aber so, als handle es sich um ein einziges, aufgeteiltes Projekt, und die Gesamtinvestitionen von insgesamt rund Fr. 300'000.00 legen nahe, das Projekt dem GGR zu unterbreiten. Eine spezifische Frage zu "Elektronische Geschäftsverwaltung mit mobiler Sitzungssapp": Was ist das genau?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Zur elektronischen Geschäftsführung: Die Digitalisierung hat weiter Einzug, auch im Verwaltungsbetrieb, das steht im Vordergrund. Die

ganze Geschäftsverwaltung, Geschäftsbearbeitung auf der Gemeinde soll mit einer entsprechenden Software abgewickelt werden. Der grosse Gewinn daraus, gerade für die Behördenarbeit, für den Grossen Gemeinderat, Gemeinderat und Kommissionen ist, dass man pro Sitzung, je Organ, die nötigen Dokumente bereitstellen kann und das geht praktisch im gleichen Fluss. Darum muss man das zusammen betrachten. Einerseits die Geschäftsverwaltung auf der Gemeindeverwaltung und andererseits ein gleichzeitiger Arbeitseinsatz für Behördenmitglieder mit mobilen Geräten. Wegen der Einheit der Materie, ob man es zusammenrechnen muss: Nein, das muss man nicht zusammenrechnen. Wir können die Server unabhängig von den Clients ersetzen. Es muss nicht zwingend alles nächstes Jahr installiert werden. Deshalb bleibt es in der Kompetenz des Gemeinderats, sollten sich diese Zahlen bestätigen.

Kenntnisnahme

Der Politikplan 2019 – 2023 wird zur Kenntnis genommen.

31 1.601. Budget

Budget 2019

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir machen zuerst eine allgemeine Runde, dann ist das Wort offen für die Fraktionen und Ratsmitglieder, anschliessend Detailberatung "Budget 2019". Danach besprechen wir die "Produktdefinition/Produktbudget 2019, Sekundarstufe I" und stimmen ab, bevor wir zur Abstimmungsbotschaft übergehen.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Die GPK hat das Budget und den Antrag geprüft, in Anwesenheit des Finanzverwalters David Portner und des Finanzvorstehers Kurt Jörg. Die meisten Fragen wurden beantwortet. Ausdrücklich loben möchte ich den übersichtlich und schön gestalteten Bericht und Antrag und allgemein die sorgfältige Ausführung. Wir haben eine Frage bei den Spezialfinanzierungen. Während man bei allen Spezialfinanzierungen mittlerweile Kenngrössen festgelegt hat, sind wir nicht sicher, ob das auch für die Spezialfinanzierung Feuerwehr gilt. Dort haben wir einen Bestand von etwas über Fr. 800'000.00. Ist der abgeleitet von den geplanten Investitionen oder hat man dort einfach einen Sollbestand festgelegt?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Zur Frage der GPK. Es ist so, man berechnet den Bedarf nach den Investitionen. Dort sieht man auch den Zeitplan, wann die verschiedenen Geräte beschafft werden und deren Preiskategorie. Entsprechend wird dann die Feuerwehersatzabgabe festgelegt. Es liegt in der Kompetenz des Gemeinderats, die Abgaben zu senken oder bei Bedarf zu erhöhen bis zu einem bestimmten Maximum, unter Berücksichtigung der Investitionen. Zur Abschlussprognose: Sie sieht sehr gut aus, wir haben auch mehrfach gehört, warum sie so gut aussieht. Wir hatten einen Überschuss prognostiziert, dieser wäre Fr. 400'000.00 kleiner. Aber mit all den Sondereffekten Schäferei etc. sind wir bei einem Überschuss von 6,7 Mio. Franken. Das ist in der Prognose, wohlverstanden. Das kann sich jedoch verändern, verbessern oder verschlechtern. Das Budget selber habt ihr auch gesehen, haben wir heute auch schon mehrfach gehört, wir haben im allgemeinen Steuerhaushalt ein Defizit von etwas über 2,0 Mio. Franken. Ich habe vorhin beim Investitionsplan gesagt, die ausserordentlichen Steuereinnahmen lassen uns das so entgegennehmen. In dieser Situation wäre eine Steuererhöhung wahrscheinlich politisch nicht durchsetzbar. Die anderen Beträge wurden recht gut gekämmt, was möglich, gestrichen und gekürzt. Dort sind wir auch ziemlich am Anschlag. Sonst müssten wir über eine Aufgabenreduzierung sprechen. Die solide Finanzlage lässt uns das Budget so durchgehen. Aber die Zukunft muss genau im Auge behalten werden, man muss den Rank genau finden. Die Sondereinnahmen halten keine zehn Jahre mehr, das müssen wir uns bewusst sein.

Marcel Remund (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Finanzverwaltung für die sehr transparente Aufbereitung des Budgets 2019 und für die Abschlussprognosen. Man darf sich vom hohen

prognostizierten Gewinn im Jahr 2018 sicher nicht blenden lassen. Die Verbesserung gegenüber dem Budget 2018 setzt sich vor allem aus den Einmaleffekten zusammen, diese sind nicht direkt geldwirksam. Die Zahlen, die wir im Budget 2019 sehen, sind weniger erfreulich. Das hohe Defizit von 2,0 Mio. Franken im allgemeinen Haushalt und die schlechte Selbstfinanzierung bestätigen den Trend der Vorjahre. Auch wenn erfahrungsgemäss die Rechnungen besser abschliessen als budgetiert, steuert der Finanzhaushalt unserer Gemeinde in eine gefährliche Richtung. Nur dank dem genügend hohen Eigenkapital sind Defizite in dieser Höhe bilanztechnisch noch verkraftbar. Mittlerweile hat man bei Debatten über Budgets, Finanzpläne und Jahresrechnungen gewisse "déjà-vu"-Erlebnisse. Man hört die breiten Sorgen über den Zustand der Gemeindefinanzen. Aber ändert sich dann jeweils etwas? Ist man bereit, auch schmerzhaft Einsparungen vorzunehmen oder gibt man doch lieber für seine politischen Anliegen Geld aus? Man kann es sich auch einfach machen und über angeblich tiefe Steuereinnahmen lamentieren. Dabei ist es die Aufgabe der Politik, steuernd einzuwirken, so dass nicht mehr ausgegeben als eingenommen wird. Probleme nur immer mit neuen Steuergeldern zuzuschütten war noch nie eine gute Lösung. Auf Gemeindeebene haben wir auf unsere Ausgaben nur bedingt Einfluss. Vor allem die zwei grössten Kostenblöcke Bildung und Soziale Sicherheit sind stark durch übergeordnete Vorgaben reguliert. Aber trotzdem gilt es, vor der eigenen Haustüre zu wischen. Allzu leichtfertig werden in diesem Parlament neue Gemeindeaufgaben beschlossen. Man findet immer so genannt ehrbare Gründe, Geld auszugeben und seine Klientel damit zu beglücken. Es scheint auch so, dass die Anzahl von parlamentarischen Anfragen und Vorstössen zunimmt. Dies verursacht zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung und ist damit auch ein Kostentreiber. Ist jede selbstgewählte Ausgabe im vorliegenden Budget wirklich notwendig und sinnvoll? Hinterfragen kann man zum Beispiel den Bau eines Outdoor Trampolins für Fr. 28'000.00, welcher auf einem Postulat des virtuellen Jugendparlaments basiert. Die Jugendlichen haben das politische Handwerk offenbar gut im Griff und können, dank dieser Ausgabe, ihre Freizeitgestaltung optimieren. Die FDP-Fraktion stimmt ohne Begeisterung dem Budget 2019 zu. Damit ist die Erwartung verbunden, dass der Finanzhaushalt ausgabenseitig wieder ins Lot gebracht wird.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Einmal mehr haben wir umfangreiche Unterlagen zum Budget des nächsten Jahres erhalten. Übersichtlich wird dargelegt, was sich im Gesamthaushalt, im allgemeinen Steuerhaushalt und in den gebührenfinanzierten Spezialhaushalten abspielen wird. Einmal mehr dankt natürlich auch die SP-Fraktion dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die grosse professionelle und sorgfältig geführte Arbeit. Unsere Fraktion hat zum Budget 2019 nur wenige Bemerkungen. Erstens: Im Steuerhaushalt sieht das Budget nicht gut aus. Ein Defizit in dieser Höhe sollte wirklich die Ausnahme bleiben. Immerhin dürfen wir feststellen, dass die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllen wird. Dass alle Dienstleistungen von der Gemeinde auch im nächsten Jahr gewährleistet sind, und dass trotz der angespannten Lage bei der Selbstfinanzierung die geplanten Investitionen avisiert werden können. Ohne dass aus heutiger Sicht eine höhere Verschuldung eintreten wird. Zweitens: Die gebührenfinanzierten Bereiche Feuerwehr, Wasserversorgung, Abwasser und Abfall hat die Gemeinde im Griff. Gebührenerhöhungen oder weitere Senkungen wären zurzeit nicht sinnvoll. Rein ökologisch gesehen darf aber ganz besonders der verschwenderische Gebrauch von unserem Trinkwasser nicht durch tiefe Gebühren noch belohnt werden. Wir wissen, dass das Potenzial der Einwohner und Wasserkonsumenten zunimmt und weiter ansteigen wird. Künftig ist darum in der Festsetzung der Gebrauchsgebühren besonders auf diesen Aspekt zu achten. Sauberes Wasser in genügender Menge wird auch in der Region Bern schon bald zu einem wichtigen Faktor der Lebensqualität. Verschwendung hat da keinen Platz. Die Wasserspeicher im oberen Emmental sind nicht mehr so voll, wie vor einem Jahr. Einen sorgfältigen Umgang mit dem Wasser müssen wir sowieso in der Schweiz generell erst noch lernen. Der vorliegende Bericht und Antrag des Gemeinderats mit seinen Beilagen gibt uns, gemeinsam mit den Antworten zu den Interpellationen Morger und Koch umfassend Auskunft zu allen Fragen betreffend die finanzielle Lage der Gemeinde, der nahen und mittelfristigen Zukunft. Es lohnt sich, dies zu lesen. Dasselbe gilt auch für die Botschaft an die Stimmberechtigten. Wer will, kann sich bestens informieren. Kann sich aufgrund der sachlichen Unterlagen unserer Finanzprofis selber ein Bild machen - und man hat sich von anonymen Kritikern und ihren Steuererhöhungsdrohungen

nicht verwirren lassen. Die SP-Fraktion stimmt dem Budget 2019 und allen Anträgen des Gemeinderats zu.

Markus Burren (SVP): Ich schliesse mich den Worten von Marcel Remund an, er hat mir aus dem Herzen gesprochen. Auch ich möchte David Portner danken für die super Unterlagen, die wir heute zur Verfügung erhalten haben. Noch einmal, der Selbstfinanzierungsgrad ist minus 30 %. Das ist sehr, sehr schlecht, wir haben es vorhin schon gesagt. Eine weitere Verschuldung, wir haben es vorhin schon gehört, können wir nur dank dem Verkaufserlös des Betagtenheims verhindern. Aber das war ein weitsichtiger Entscheid vor über 40 Jahren, das Betagtenheim überhaupt zu bauen, es zu betreiben in all den Jahren, das Ganze zu unterhalten. Es brauchte immer und immer wieder weitsichtige Entscheide dafür. Das Defizit von 2 Mio. Franken, das können wir heute Abend nicht gut retten. Wir von der SVP werden dem Budget zähneknirschend zustimmen. Der Entscheid des Jugendparlaments von Fr. 28'000.00, das gibt mir persönlich zu denken, wenn man das einfach so durchwinkt. Meine Knaben haben auch nicht immer erhalten, was sie wollten. Ich erachte es als einen schlechten Trost, einfach etwas zu geben, wenn man etwas will. Denn die Folgekosten kommen bestimmt.

Mario Morger (glp): Als ich das Budget 2019 studiert habe, kam mir kurz ein Gedanke: Da kann man die Sprechnotiz aus dem Vorjahr herausholen und wieder in die gleiche Kerbe schlagen. Das Budget sieht düster aus, so kann es nicht weitergehen, etc. Auf den zweiten Blick gestaltet sich die Situation 2019 etwas anders. Da hat sich zum einen ein grosses Ertragsloch gebildet, das für 2019 auf 2 Mio. Franken geschätzt wird. Das budgetierte Defizit ist deutlich höher als die Jahre zuvor. Die Hauptgründe für die weiter aufgehende Schere zwischen Aufwand und Ertrag sind in den rückläufigen Einkommenssteuern, den steigenden Lehrergehaltskosten und der zu erwartenden sinkenden Gewinnsteuererträgen zu finden. In den letzten Jahren haben wir von einem strukturellen Defizit gesprochen, in welchem sich Zollikofen befindet. Nun aber, wenn ich auf den Finanzplan schaue und nicht auf das Budget, sieht es für die Jahre ab 2021 / 2022 mit einer roten oder schwarzen Null wieder deutlich positiver aus. Ab 2020 werden die Liegenschaftssteuererträge und ab 2021 dann auch die Vermögenssteuererträge aufgrund einer Neubewertung der kantonalen Liegenschaftswerte steigen. Natürlich handelt es sich beim Finanzplan – wie bei jeder Prognose – um eine unsichere Projektion. Aber der Finanzplan ist aus meiner Sicht solide aufgestellt, basiert auf plausiblen Annahmen und ist nachvollziehbar erläutert. Es gibt ausserdem zwei weitere Punkte, die dafür sprechen, dem Budget 2019 mit unveränderter Steueranlage zuzustimmen: Erstens wird die Rechnung 2018 dank verschiedener Sondereffekte voraussichtlich einen Ertragsüberschuss von knapp 7 Mio. Franken aufweisen. Dies wird den Bilanzüberschuss für einige Jahre in einem komfortablen Bereich erhalten. Die Gemeinde befindet sich, vor allem dank der Veräusserung des Betagtenheims und einmaliger Erlöse aus Einzonung in einer Situation, wo man erst einmal zuwarten und die weitere Entwicklung der Jahre 2020 und 2021 abwarten kann. Zweitens sind ab 2020 die Steuerpflichtigen in Zollikofen aufgrund der kantonalen Neueinschätzung der Liegenschaften mit Steuererhöhungen von insgesamt rund 1 Mio. Franken konfrontiert. Es ist daher nicht angezeigt, jetzt den Steuerfuss zu erhöhen und damit die Haushalte noch stärker zu belasten. Das heisst nicht, dass wir nicht weiterhin die Entwicklung mit Sorge verfolgen sollten. Vor allem der Selbstfinanzierungsgrad ist auf einem besorgniserregend tiefen Niveau. Aber im Moment bin ich der Meinung, dass der finanzpolitische Kurs der Gemeinde mit unveränderter Steueranlage vertretbar ist. Die Grünliberalen werden das Budget 2019 annehmen. Ich habe noch eine Frage zum Bericht und Antrag. Auf Seite 11 steht, dass der Gemeinderat, gestützt auf die Anträge der Finanzkommission sowie aus der Mitte des Rates, zahlreiche Änderungen im Detailbudget vorgenommen hat und dadurch Resultatsverbesserungen erzielt hat im Allgemeinen Haushalt von rund Fr. 100'000.00. Zwischen der von der Finanzkommission beantragten Kürzung und letztendlich den vorgenommenen Einsparungen gibt es eine Differenz von rund Fr. 80'000.00. Es wäre aus meiner Sicht sehr wünschenswert, wenn in Zukunft im Bericht und Antrag offengelegt wird, welche Kürzungspositionen der Gemeinderat, trotz Antrag der Fiko, nicht übernommen hat. Ich bin der Meinung, dass das Parlament Kenntnis darüber haben sollte und gegebenenfalls noch korrigierend im Budget eingreifen könnte. Vor allem auch, wegen dem engen finanziellen Spielraum, den wir jetzt alle angesprochen

haben, sollte diesbezüglich Transparenz geschaffen werden. Könnte den Finanzvorstehern eine entsprechende Absichtserklärung bis nächstes Jahr abgegeben werden, damit sie die Abweichungen offenlegen könnten?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Zu den Schlussbemerkungen des Gemeinderats. Detaillierter werden wir das nicht widerspiegeln. Wir haben vorberatende Kommissionen des Gemeinderats und dies wird nicht detailliert abgebildet im Schlussbericht.

Toni Oesch (fdU): Hier können zum Teil die gleichen Ausführungen gelten, wie ich sie im vorhergehenden Traktandum Politik- und Finanzplan 2019 – 2023 gemacht habe. Ich erwähne nur die Auswirkungen einer Steueranlageerhöhung im Vergleich mit der Stadt Bern mit den Folgen einer Eingemeindung. Die Prognosen gemäss Finanz- und Investitionsplan 2019 – 2023 sind bekanntlich düster. Eine Steuererhöhung ist nicht auszuschliessen. Sie könnte aber Schiffbruch an der Urne erleiden, wie dieses Jahr in Köniz, und zwar schon im GGR. Ich habe das Gefühl, dass in Zollikofen, als Folge der Verkäufe von Tafelsilber den Wolken am Finanzhimmel nicht Rechnung getragen wird. Im Kleinen zwar schon, wo es die Bevölkerung trifft, wie z.B. das Porto für die Stimm- und Wahlcouverts, aber im Grossen nicht, wie z.B. der Ausbau der Aula zu einer weiteren Dorfbeiz. Dieser Ausbau für Fr. 720'000.00 ist reiner Wunschbedarf. Ganz vergessen wird die Mehrzweckhalle im Geisshubel, die für die Vereine dreigeteilt worden ist. Deshalb ist auch eine gute Küche eingebaut worden. Dieser Wunschbedarf Aula ist auch von der SVP sehr begrüsst worden. Dank der Finanzkommission mit zwei SVP-Mitgliedern, einer sogar Präsident, ist der Kredit um Fr. 170'000.00 erhöht worden. Im MZ von letzter Woche lässt allerdings ihr Seitenwagen mit dem Namen „Bürgernahe Politik“ ein grosses Lamento über die Gemeindefinanzen los und fordert eine Schuldenbremse. Da kann man sagen: Wasser predigen und Wein trinken. Übrigens ist das Resultat der Abstimmung nicht ausgezählt worden, wie es die Geschäftsordnung vorsieht bei Referendumsabstimmungen. Offenbar hat man dieses Geschäft rasch erledigen wollen. Noch kurz zum wirtschaftlichen Umfeld, in dem sich Zollikofen bewegt. Wie ich beim Finanzplan erwähnt habe, lassen die Ereignisse der letzten Tage aufhorchen. Wahrscheinlich bedeutet die Baisse an den Börsen nur eine nötige Korrektur der zu hohen Aktienkurse. Ein Crash wie vor 10 Jahren mit einer globalen Krise sei aber möglich. Der Präsident der USA, Donald Trump, hat einen Wirtschaftskrieg losgetreten, vor allem gegen die zweite Weltwirtschaftsmacht China. Damit stoppt er den hochgehenden Schwung der US-Konjunktur, mit nachteiligen Folgen, auch für die gesamte Weltwirtschaft. Als Folge des Embargos gegen den Iran kann dieses Land weniger Oel exportieren und in Venezuela ist die Oelförderung zusammengebrochen. Dadurch besteht für Oel ein Nachfrageüberhang, was diesen Rohstoff verteuert und somit die Weltwirtschaft noch zusätzlich belastet. In den USA ist der Leitzins seit 2016 schon sieben Mal erhöht worden, um eine Inflation zu verhindern. In der Schweiz will der Nationalbank-Präsident Jordan den Leitzins immer noch tief halten, damit der hiesige Konjunktur-Aufschwung nicht gebremst wird. Eine Erhöhung würde einige Hauseigentümer in Schwierigkeiten bringen und damit auch Banken.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Detailberatung des Budgets 2019 und nehmen das rote Heft zur Hand. Wer sich meldet, bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss der Konten kann der Gemeinderat Stellung nehmen. Das Wort ist offen für alle.

Toni Oesch (fdU): Konto 4 Gesundheit, Seite 14 bis 15, Mietzins Betagtenheim 2019, Null. Ich möchte darauf aufmerksam machen, wie viel Geld wir mit der Aufgabe unseres Betagtenheims verloren haben. Wir haben nicht nur das verloren. Die Gemeinde hat auch eine moralische Verpflichtung für die Altersvorsorge. Im 2017 hat uns die Senevita rund Fr. 371'000.00 Mietzins überwiesen. Der ist zwar reduziert worden, weil das Heim nicht voll ausgelastet war. Normalerweise trägt der Mieter das Geschäftsrisiko. Im 2016 hat die Gemeinde vom Betagtenheimverein rund Fr. 290'000.00 erhalten und 2014 – 2016 rund Fr. 238'000.00 pro Jahr.

Das war also eine Fundgrube und entgegen dem hat man damals gesagt, als man das Betagtenheim aufgegeben hatte, die neue Finanzierung könne man sich nicht leisten. Das kommt dann mal ins Weisse Buch von Zollikofen.

André Tschanz (EVP): Konto 5 Soziale Sicherheit, Seite 15 bis 18. Ich habe eine Frage zur Position 59, Hilfsaktionen im Inland und Ausland. Das ist nicht mehr budgetiert und damit erwähnt, dass es mit Absicht nicht mehr budgetiert ist. Ich würde das gerne wieder budgetieren in Zukunft, sonst ist es plötzlich einfach vergessen.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir nehmen dies als Bemerkung entgegen, nicht als Antrag.

Bruno Vanoni (GFL): Ich möchte zum selben Punkt etwas sagen. Ich bin zuerst erschrocken, als ich gesehen habe, dass 0 budgetiert wurde für diese beiden Posten Hilfsaktionen im Inland und Ausland. Das sind Beträge, die seit den 90er Jahren immer im Budget waren. Ich habe dann den Kommentar gelesen und war beruhigt, als ich gelesen habe: Die bisherige Praxis zur Vergabe von Beiträgen soll beibehalten werden, bzw. die Ausgaben sind nicht bestritten. Mir leuchtet es schon nicht ganz ein, warum man das nicht mehr budgetiert, wenns nicht bestritten ist. Auch auf diese Frage, die ich mir gestellt habe, konnte ich aus den Erläuterungen eine Antwort lesen. Das Einholen eines allfälligen Nachkredits kann mit dem ohnehin nötigen Beschluss für die Beitragsvergabe verbunden werden. Mit dieser Argumentation können wir eigentlich noch ein paar Budgetposten finden. Auf 0 runter setzen, nichts budgetieren, Nachkredite bewilligen, wenn konkrete Ausgaben des Gemeinderats beschlossen werden. Die Begründung überzeugt mich wirklich nicht ganz und die Formulierung "Einholen eines allfälligen Nachkredits" könnte einen stutzig machen, dass es vielleicht doch nicht so ernst gemeint ist mit dem Versprechen, dass man weiterhin für Hilfsaktionen Geld auslöst. Ich möchte nicht auf der Formulierung beharren. Ich verlasse mich auf das Versprechen, welches ich zitiert habe, das steht jetzt auch im Protokoll, dass die bisherige Praxis auf Prüfen der Vergaben und Beiträge für Hilfsaktionen unbestritten ist. Ich verlasse mich auf dieses Versprechen auch, weil der Gemeinderat diese Woche seine Spende bekannt gegeben hat, Fr. 10'000.00 für Soforthilfe an Tsunami Opfer in Indonesien auf das Spendekonto der Glückskette zu überweisen. Fr. 10'000.00, das ist doppelt soviel, wie im Budget 2018 im Konto 593 für Hilfsaktionen budgetiert ist. Der erhöhte Beitrag für Tsunami Opfer freut mich, ich möchte dem Gemeinderat auch danken dafür und ich hoffe, dass er auch in Zukunft grosszügig handeln wird, wenn Nothilfe im Ausland oder auch im Inland gebraucht wird. Das ist eigentlich unabhängig davon, ob der Betrag budgetiert ist oder nicht. Danke für die grosszügige Überweisung an die Glückskette und ich verlasse mich wirklich darauf, dass das in Zukunft so gehandhabt wird wie bis jetzt. Vielleicht hat André Recht, dass es besser wäre, die Beträge wieder im Budget vorzusehen.

Bruno Vanoni (GFL): Konto 7501 Fonds für Landschaftsschutz. Es fällt mir auf, wenn man das anschaut, dass in allen drei Spalten zu den drei Jahren nichts mehr budgetiert ist für den Fonds. Das ist eigentlich auch erklärt in den Erläuterungen. Ich möchte aber darauf hinweisen. Der Fonds, für welchen Gelder (Budgetkredit) gebraucht werden könnten, das Reglement ist meines Wissens noch in Kraft. Ein grosser Teil des Reglements ist hinfällig, jetzt an Vernetzungsbeiträge für die Landwirtschaft gegangen, aber in diesem Reglement geht es auch um Massnahmen, welche allenfalls anfallen bei geschützten Gebäuden, zu Gunsten des Ortsbilds. In der Ortsplanungsrevision, und das ist für mich eigentlich der springende Punkt, hat man ja gesagt, im ganzen Landschaftsschutzbereich, wir gehen weg von grundeigentümergebundenen Schutzbestimmungen und Verboten, zu Lasten der Landschaft. Und, wir wollen eher hinsteuern zu finanziellen Anreizen. Und jetzt haben wir quasi das dritte Jahr, in welchem für keinerlei solcher Anreize etwas budgetiert ist. Es ist klar, es muss zuerst in einem Reglement festgehalten werden. Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat sagen könnte, wann wir hier in diesem Rat mit einem Reglement rechnen können. Und dann, dass damit zu rechnen ist, dass Zahlungen gemacht oder mindestens Gesuche gestellt werden können. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision hat man klar gesagt, man wolle in Zukunft aus diesem Reglement heraus,

oder aus diesen Budgetposten, welche hier nicht drin sind, auch Aufwertungsmassnahmen innerhalb des Siedlungsgebiets fördern können. Ich denke, es wäre jetzt dringend, dass wir nicht nochmals ein weiteres Jahr verstreichen lassen, sondern, wie es in den Erläuterungen angetönt ist, das Reglement rasch vorgelegt erhalten. Und dann, gestützt auf das Reglement, mit einem Nachkredit Massnahmen gefördert werden können. Meine Frage: Wann können wir damit rechnen, dass das Reglement dem GGR vorgelegt wird?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Wir hatten im Vorjahr eine sehr ähnliche Frage zu dieser Budgetposition. Ich weiss nicht mehr, wie ich sie beantwortet habe, aber wahrscheinlich sehr ähnlich wie jetzt.

21.00 Uhr: Matthias Kobel verlässt die Sitzung, 33 Ratsmitglieder sind anwesend

Wir warten hier auf die Genehmigung der Ortsplanungsrevision, inklusive den Richtplänen hier betroffen der Richtplan Landschaft. Es ist eine dieser Massnahmen, die anschliessend in die Umsetzung kommt. Wir haben einige prioritäre Massnahmen, sobald die Genehmigung vorliegt, die wir vorantreiben möchten. Seitens der Gemeinde haben wir dort die Federführung. Auf der anderen Seite, punkto Parkplatzbewirtschaftung. Das ist die eine Frage, die vordringlich ist. Die zweite ist das Eintragsreglement für schützenswerte Bauten und Naturobjekte, von welchem wir eine Neufassung haben. Wir hatten das ursprünglich bereits in diesem Jahr vorgesehen. Ihr wisst, aus bekannten Gründen ist die Ortsplanungsrevision noch nicht genehmigt, deshalb konnten wir das Reglement auch noch nicht vorlegen. Und weil wir einen GGR-Beschluss brauchen bei diesem Reglement können wir auch im Falle eines Beitrags, welcher die Gemeinderatskompetenz übersteigen würde, gleichzeitig einen Nachkredit beantragen und beschliessen. In unseren Händen liegt das Reglement, als eine von prioritären Massnahmen zur Umsetzung der Ortsplanungsrevision, das wir hier einbringen möchten. Wie ihr dann beschliesst und wann die ersten konkreten Gesuche gestellt werden können, ist abhängig von der Behandlung im GGR.

Toni Oesch (fdU): Seite 27, Konto 9102.4021.01 Liegenschaftssteuern, rund 1,8 Mio. Franken. Vor einigen Jahren sind die öffentlichen Bauten von den Liegenschaftssteuern befreit worden. Sie wurden vorher zum halben Steuersatz belastet. Der Bau BIT der Eidgenossenschaft ist also befreit. Ein weiterer solch grosser Bau ist hier geplant. Ich finde es gegenüber den anderen Hauseigentümern nicht in Ordnung, weil die rund 1'000 Angestellten, und später wahrscheinlich nochmals 1'000 weitere, die Infrastruktur von Zollikofen belasten. Meine Frage: Besteht eine Möglichkeit, hier aktiv zu werden, z. B. durch die Zollikofer-Abgeordneten im Grossen Rat? Das kann am besten Gemeindepräsident Daniel Bichsel beantworten.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Die Grundlage für die Befreiung der Steuern, ist meines Wissens ein Bundesbeschluss. Das betrifft die Bundesparlamentarier. Das können wir nicht auf Kantonsstufe regeln. Ich möchte noch ein Wort dazu sagen. Es sieht jetzt so aus, als seien die Bundesbauten einfach nach Zollikofen gekommen und als würden sie unsere Infrastruktur einfach belasten. Ganz sicher, die Einkaufsgebühren für die Werke Wasser, Abwasser haben sie auch zu finanzieren, davon sind sie nicht befreit. Der zweite Punkt ist, einfach, dass wir auch daran denken, im Sinne von Fairness. Immerhin hat der Vorgängergemeinderat, vor mir, in den Verhandlungen mit dem Bund erreicht, dass sie den wesentlichen Beitrag zum Ausbau der Unterführung Oberzollikofen / Zollikofen bezahlen. Also – das war auch ein wesentlicher Beitrag an die Infrastruktur. Ebenfalls ist der Bund verpflichtet, wenn er das dritte Baufeld bebaut, den dritten Gebäudekomplex erstellt, eine Verbindung zum Bahnhof Zollikofen, auf seine Kosten, zu erstellen. So, dass man direkt über die Gleisüberquerung entlang der Gourmador zum Gelände des BIT-Areals kommt. Das sind doch auch wesentliche Infrastrukturleistungen, die sie erbringen. Einfach, dass das euch auch bekannt ist, im Zusammenhang mit diesen Bauten.

Toni Oesch (fdU): Seite 32, Konto 3621 Finanz- und Lastenausgleich an Kanton. Laut Auskunft von Herrn Portner ist hier die Abgeltung der Zentrumslasten an die Städte Bern, Thun

und Biel mit dem neuen FILAG inbegriffen. Vorher ist der Betrag von etwa Fr. 150'000.00, den Zollikofen bezahlt hat, einzeln ausgewiesen worden. Mich hat dieser Beitrag immer gestört. Im Grossen Rat ist in der Septembersession über diese Abgeltung diskutiert worden. Anscheinend nur über die Verteilung Bern, Thun und Biel. Zu erwähnen ist, dass die Stadt Bern im 2016 und 2017 mit einem Ertragsüberschuss von 42,6 bzw. 67,3 Mio. Franken abgeschlossen hat. Ich möchte Gemeindepräsident Daniel Bichsel fragen: Wieviel bezahlt jetzt die Gemeinde Zollikofen, gibt es eine Chance, diese Kosten noch zu senken?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Mit dem FILAG 2012 sind die Zentrumslasten vollständig kantonalisiert worden. Also, sie werden vom Kanton abgegolten. Vorher haben die Agglo-Gemeinden, diejenigen, welche um die Zentrumsgemeinden Bern, Biel und Thun liegen, den Viertel der Zentrumslasten direkt finanziert. Das ist mit dem FILAG 2012 aufgehoben worden. Im September stand zur Debatte, die Zentrumslasten, welche ausgewiesen und auch pauschal abgegolten werden, zu erhöhen, allenfalls gerechter zu verteilen. Der Regierungsrat hat dem Grossrat beantragt, eine gerechtere Verteilung mit demselben Prozentsatz anzustreben. Aber sie nominell, aus finanzpolitischen Gründen des Kantons Bern, nicht zu erhöhen. Das wurde beschlossen. Die Zentrumslasten, die pauschale Abgeltung, ist für Bern nicht erhöht worden, sondern wird durch die Umlage auf Thun und Biel eher kleiner. Zu der angesprochenen Abgeltung, diese wird den Städten nicht zu 100 % abgegolten, sondern zu einer Pauschale. Irrtum vorbehalten, rund 70 % der ausgewiesenen Zentrumslasten werden ihnen vergütet.

21.10 Uhr: Annette Tichy-Gränicher verlässt die Sitzung, 32 Ratsmitglieder sind anwesend

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Nun geht es um die Beratung des gelben Dossiers "Produktedefinition/Produktbudget 2019". Wir gehen produkteweise durch. Das Wort wird nicht verlangt. Die Geschäftsberatung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (29 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Produktedefinitionen für den NPM-Bereich Sekundarstufe (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2019 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2019 von Fr. 359'400.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2019, genehmigt.

21.15 Uhr: Annette Tichy-Gränicher trifft ein, 33 Ratsmitglieder sind anwesend

Beschluss (27 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltung)

C) Zu Handen der Urnenabstimmung:

1. Für das Jahr 2019 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
 - a) Ordentliche Steueranlage: Das 1,40fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - b) Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes
2. Das Budget der Erfolgsrechnung für das Jahr 2019 wird genehmigt.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Nun folgt die Beratung der Botschaft. Es gibt keine allgemeinen Bemerkungen. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch.

André Tschanz (EVP): Seite 2: Ich schlage vor, die Tabelle "Total Aufwand / Total Ertrag" zu ergänzen mit dem Aufwand und Ertrag der Spezialfinanzierungen gemäss Seite 19 aus dem Bericht und Antrag.

Finanzverwalter David Portner: Es wäre eine Wiederholung. Ich habe den Eindruck, es verwirrt mehr. Wir haben auf Seite 2 nur die grössten Positionen aufgeführt. Die anderen Positionen werden weiter hinten erläutert. Ich empfehle, davon abzusehen.

Toni Oesch (fdU): Seite 2: Tabelle "Allgemeiner Haushalt": Im Jahr 2018 haben wir eigentlich ein plus von 2.7 Mio Franken. Ich würde ergänzen "inklusive 13,8 Mio. Franken Verkauf Be- tagtenheim abzüglich 9.6 Mio. Franken Sonderaufwand. So kommt vielleicht der Bürger auch darauf, warum ein so hoher Ertragsüberschuss zu Stande kommt.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Dies wird so zu Handen des Ratsbüros entgegengenommen.

Andreas Buser (glp): Seite 2: Der Satz bei "Das Wichtigste in Kürze" ist für mich etwas holprig. Vielleicht könnte man diesen etwas besser lesbar machen, indem man zum Beispiel den letzten Teil nach dem Komma nach vorne verschiebt und einen anderen Satzteil weglässt.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die Anregung wird zu Handen des Ratsbüros entgegengenommen.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 3, Zeile 25: Der hier beginnende Satz ist korrekt, aber er sagt nicht alles aus. Es ist nicht transparent, dass das, was man hier veranschlagt, noch gar nicht beschlossen ist. Es ist vom Grossen Rat beschlossen, wurde aber mittels Referendum angefochten. Das letzte Wort zu diesem Punkt fällt am selben Datum, an dem wir über das Budget abstimmen. **Zur Schaffung dieser Transparenz beantrage ich, folgenden Satz einzufügen:** "Zu diesen Mindererträgen kommt es nur, wenn die entsprechende Änderung des Steuergesetzes in der kantonalen Volksabstimmung vom 25. November 2018 angenommen wird."

Marcel Remund (FDP): Ich bestreite den Antrag, dieser kann durchaus eine gewisse Aussage in der Hinterhand haben. Meiner Meinung nach würde es reichen wenn man schreiben würde "sind mit der gestaffelt angedachten Senkung des Gewinnsteuersatzes tiefere Erträge veranschlagt", also ein zusätzliches Wort, nämlich "angedacht".

Hans-Jörg Rhyn (SP): Ich bestreite das nun aber auch. Weil dieses Wort "angedacht" versteht jetzt niemand von den Stimmbürgern, weil es nichts darüber aussagt, wer etwas angedacht hat. Ich finde die Formulierung von Bruno Vanoni absolut in Ordnung.

Beschluss

Der Antrag von Bruno Vanoni wird angenommen.

André Tschanz (EVP): Seite 7, Zeile 64: Die Eisreinigungsmaschine ist noch enthalten, wurde diese nicht bereits dieses Jahr beschafft?

Finanzverwalter David Portner: Sie ist nächstes Jahr zum Zahlen vorgesehen. Bewilligt wurde sie 2018, zahlbar 2019.

Toni Oesch (fdU): Seite 8, Zeile 6: Ich schlage vor, diesen Satz zu ergänzen mit dem Wortlaut "von ca. Fr. 400'000.00 für die Liegenschaft", so dass man den Betrag des wegfallenden Mietzins sieht.

Finanzverwalter David Portner: Hier muss man aufpassen. Wir vergleichen immer das neue Budget zum bisherigen Budget. Wenn mit dem Rechnungsbetrag 2017 verglichen wird, verwirrt dies.

Toni Oesch (fdU): Das spielt keine Rolle, dann schreiben wir es dann im MZ.

Mario Morger (glp): Seite 8: Die erste Bemerkung betrifft die Soziale Sicherheit, es geht um das gleiche Thema, das Toni Oesch bereits erwähnt hat. Es gibt eine sehr grosse Abweichung zum Vorjahr, nämlich eine Halbierung des Nettoaufwands. Eine Erklärung fehlt dort. Für den Stimmbürger wird dies nicht nachvollziehbar sein. Ich mache beliegt, dort noch einen Satz

einzufügen und auf die periodengerechten Abgrenzungen hinzuweisen. Mein Vorschlag lautet, einen Text sinngemäss der Medienmitteilung des Gemeinderats zu formulieren.

Zeile 54: Es handelt sich ja hier nicht um den Gemeindebeitrag, sondern um die Gesamtkosten der Kindertagesstätte. Das Wort "Gemeindebeitrag" ist durch "Gesamtkosten" zu ersetzen.

Finanzverwalter David Portner: Diese Aussage muss ich dementieren. Es ist tatsächlich der Gemeindebeitrag in dieser Höhe. Der Selbstbehalt, das ist dann unten beschrieben, macht 0,15 Mio. Franken aus, welche netto an der Gemeinde hängen bleibt. Aber wir bezahlen die Fr. 740'000.00 an diese Aufgabe, und das sind nicht die Gesamtkosten. Es geht ja ein Teil zurück über den Lastenverteiler, welcher dann als Ertrag wieder reinkommt.

Mario Morger (glp): Somit ist es einfach eine Gelflussrechnung. Ich mache beliebt, dass wir schreiben "beträgt brutto...".

Gemeinderat Peter Bähler (SVP): Der Gesamtaufwand der KITA liegt über einer Million Franken.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Somit verzichten wir darauf, diese Anregung aufzunehmen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Auf Seite 11 unten rechts steht der Satz "bedingt durch das tiefe Zinsniveau vermindert sich der Aufwand zu Lasten des Allgemeinen Haushalts". Dieses "zu Lasten" hat mich verwirrt. Könnte man nicht einfach schreiben "vermindert sich der Aufwand im Allgemeinen Haushalt"?

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die Anregung wird zu Handen des Ratsbüros entgegengenommen.

Toni Oesch (fdU): Seite 12, Zeile 55: Ich frage mich bezüglich des Kredits für die Sanierung der Aula, dieser fehlt hier.

Finanzverwalter David Portner: Dieser Kredit betrifft das Jahr 2018.

Beschluss (mehrheitlich)

A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird genehmigt.

32 1.92.3 Interpellationen

**Interpellation Mario Morger (glp) und Mitunterzeichnende betreffend
"Wohin steuern Zollikofens Finanzen?"; Antwort**

Mario Morger (glp): Ich danke dem Gemeinderat bestens für die umfassende Beantwortung meiner Interpellation. Zusammen mit den Erläuterungen im Finanz- und Investitionsplan ergibt sich für mich ein recht schlüssiges Bild über die Ertragsentwicklung und die mittelfristigen finanzpolitischen Herausforderungen.

Ein paar Worte will ich aber noch für die Schuldenbremse aufwenden. Die Einführung der Schuldenbremse auf Bundesebene vor rund 15 Jahren kann als eine der grössten finanzpolitischen Errungenschaften betrachtet werden. Die davor ungebremste Neuverschuldung konnte zurückgebunden werden und heute stehen sowohl der Bund als auch die meisten Kantone finanzpolitisch solide da. In der Bevölkerung geniessen Schuldenbremsen auf bundes- und kantonaler Ebene daher auch eine hohe Zustimmung.

Dass der Gemeinderat keine finanzpolitischen Regelbindungen wünscht und somit seinen Handlungsspielraum erhalten möchte, ist aus seiner Optik natürlich nachvollziehbar. Aber wir können es auch umgekehrt sehen: Wenn wir es drauf ankommen lassen und die Verschuldung aus dem Ruder läuft, ist der Handlungsspielraum ebenfalls weg. Ausserdem bin ich der Meinung, dass das Parlament nicht nur den Handlungsspielraum des Gemeinderats im Fokus haben sollte, sondern vor allem auch die zukünftige Steuerbelastung der Zollikofener Bevölkerung. Übrigens kann man Schuldenbremsen auch so ausgestalten, dass sie eine grosszügige Flexibilität aufrechterhalten.

Ich möchte jetzt keine übereilte Diskussion lostreten, werde aber zu gegebener Zeit wieder auf die Thematik zurückkommen.

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

33 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Ausfälle bei den Gewinnsteuern von Grossunternehmen wegen der kantonalen Steuergesetzrevision 2019: Welche Auswirkungen hat dies für die Gemeinde Zollikofen?"; Antwort

Beat Koch (GFL): Ich habe keine Bemerkungen, ausser ein ganz grosses Merci an den Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung.

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

34 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Information der Bevölkerung über neues Abfallkonzept"; Antwort

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

35 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Patrick Heimann (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Künftige Nutzung der Liegenschaft Wohnheim Landgarten"; Antwort

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

36 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage René Ritter (SVP) betreffend "Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt, kreditrechtliche Aspekte"; Antwort

Kenntnisnahme

Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

37 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

- Einfache Anfrage Petra Spichiger (SP) betreffend "Berufswahl: Weiterführende Schule trotz Sozialhilfe?"
-

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ich erkläre hier den Rücktritt per 31. Dezember 2018. Es ist nicht wegen dem Budget, ich gehe freiwillig, ich gehe gesund, bin nicht krank und gehe, solange mir das Amt noch Freude macht. Ich habe auch nicht Abnützungerscheinungen, so dass ich gehen müsste. Ich finde, nach 22 Jahren im Gemeinderat ist es Zeit, abzutreten. Somit werde ich Ende dieses Jahres aufhören.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die nächste Sitzung findet am 5. Dezember 2018 statt. Ich freue mich auf zahlreiche Anmeldungen zum Abschlussessen.